

Ressort: Politik

Bundesregierung bremst beim Familiennachzug

Berlin, 07.10.2017, 08:09 Uhr

GDN - Die Bundesregierung bremst beim Familiennachzug von Flüchtlingen und zögert in der Praxis auch die Einreise von syrischen Angehörigen hinaus, die in Griechenland gestrandet sind. Das berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Samstagsausgabe) unter Berufung auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken.

Obwohl von Januar bis September 2017 in Griechenland fast 4.950 Flüchtlinge eine Zusage des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bekamen und nach Deutschland weiterreisen durften, wurden der Bundesregierung zufolge nur 322 Personen tatsächlich überstellt - also gerade einmal 6,5 Prozent. Dabei ging es vor allem um syrische Flüchtlinge, die zwei Drittel der Betroffenen stellten, aber auch viele Afghanen und Iraker. 60 Prozent waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Das Bundesinnenministerium begründete dies auf Anfrage mit dem großen logistischen Koordinierungsaufwand in Griechenland. Aber auch Bund und Länder müssten die Aufnahme, Betreuung und Unterbringung stemmen können, da die Kapazitäten begrenzt seien. Daher habe Deutschland sich im Frühjahr mit Griechenland über die Anzahl der zu überstellenden Personen abgestimmt. Dass es eine zahlenmäßige Beschränkung gegeben habe, bestätigte das Ministerium aber nicht. Angehörige von Geflüchteten haben nach der Dublin-Verordnung einen Anspruch darauf, mit ihren in anderen EU-Ländern lebenden Familienangehörigen zusammen zu kommen. Die Überstellung muss zügig, spätestens aber innerhalb von sechs Monaten erfolgen. Der Familiennachzug war im Wahlkampf ein Streitthema. Um die Ankunft neuer Flüchtlinge zu bremsen, hat die Bundesregierung den Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus bis März 2018 ausgesetzt. Wie es danach weiter geht, will Kanzlerin Angela Merkel (CDU) erst im nächsten Jahr entscheiden. Die innenpolitische Expertin der Linken im Bundestag, Ulla Jelpke forderte: "Mit den Tricksereien und der rechtswidrigen Beschränkung des Familiennachzugs muss jetzt endlich Schluss sein." Betroffene sollten die Möglichkeit erhalten, auf eigene Faust zu ihren Angehörigen nach Deutschland reisen zu dürfen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-95693/bundesregierung-bremst-beim-familiennachzug.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619